

STREIT

12

AUF EIN WORT

Denkverbote helfen nicht gegen rechts

Nach Trump gilt auch: Vorsicht vor zu viel falscher Sensibilität!

Bei aller berechtigten Erleichterung darüber, dass ein erklärter Versöhner ins Weiße Haus einziehen wird – eine unbequeme Erinnerung muss sein: Der abgewählte Donald Trump war ein Spalter, aber die Spaltung Amerikas, auf der sein Erfolg 2016 gründete, hat nicht er aufgelöst. Die Vereinigten Staaten waren schon vorerschüttert, die Bruchlinien schon angelegt, als der Sprengmeister sein Amt übernahm.

Die Vorstellung, von Bedrohungen umzingelt zu sein, die Versuchung, Gefühle mit Fakten zu verwechseln, die Neigung, das Leben als Schlacht zwischen Gut und Böse wahrzunehmen, und die wahnhaftige Idee, von Hautfarbe auf Charakter zu schließen, all dies waren und sind leider keine ausschließlichen Wesenszüge der populistischen Rechten. Diese Denkkarten gibt es auch auf der linken Seite, vor allem im jüngeren akademischen Milieu Amerikas.

Der kulturelle Fallout einer traumatisierten Nation wird noch länger in Richtung Westen wehen. Vor vermeintlich »progressiven« Ideen-Importen aus amerikanischen Universitäten, die in Wahrheit wenig Abwehrwirkung gegen Populismus entfalten, sollte Europa sich deshalb ebenso in Acht nehmen wie vor sehnsüchtigen Nachahmungen des Trumpismus.

Ist 9/11 schuld? Hat die eingetragene *see something, say something*-Hyperwachsamkeit massenpsychologisch dazu geführt, Gefahren eher zu über- als zu unterschätzen? Oder hat es auch damit zu tun, dass Teenager seit einigen Jahren immer mehr per Facebook kommunizieren statt *face to face*? An vielen US-Universitäten jedenfalls hat das Grundgefühl Einzugs gehalten, sich schützen zu müssen – vor Ideen, Positionen oder Debatten, die verstörend oder verletzend sein könnten.

Der Begriff Cancel-Culture wird in Deutschland oft voreilig benutzt. An vielen US-Colleges ist er angebracht. Gab es im Jahr 2001 noch zwei Vorfälle, bei denen Demonstranten versuchten, missliebige Sprecher vom Campus auszuladen oder ihre Vorträge zu stören, wurden es danach deutlich mehr: 2015/16 gab es 38 solcher Versuche, in etwa jedem zweiten Fall waren sie erfolgreich, ermittelte die überparteiliche Foundation for Individual Rights in Education. Laut einer aktuellen Umfrage dieser Organisation sagen 42 Prozent von 20.000 befragten Studenten, ihre Universität würde das Recht eines Redners, seine Sicht darzulegen, nicht verteidigen, wenn dieser eine »anstößige« (*offensive*) Formulierung benutzt habe.

Die beiden Sozialforscher Jonathan Haidt und Greg Lukianoff glauben, die Debattenkultur leide auch deshalb, weil die Babyboomer-Generation viele US-Universitäten in geistig geplante Ebenen verwandelt habe. In den frühen 1990er-Jahren habe das Verhältnis von eher links zu eher rechts eingestellten Professoren in Amerika noch bei 2:1 gelegen – Widerspruch sei also selbstverständlicher Teil des Campuslebens gewesen. Im Jahr 2016 sei diese Quote in den Sozialwissenschaften bei 10:1 angelangt. »Viele Studenten haben keine oder kaum eine Begegnung mit Professoren, die die Hälfte des politischen Spektrums repräsentieren«, schlussfolgern Haidt und Lukianoff in ihrem Buch *The Coddling of the American Mind*.

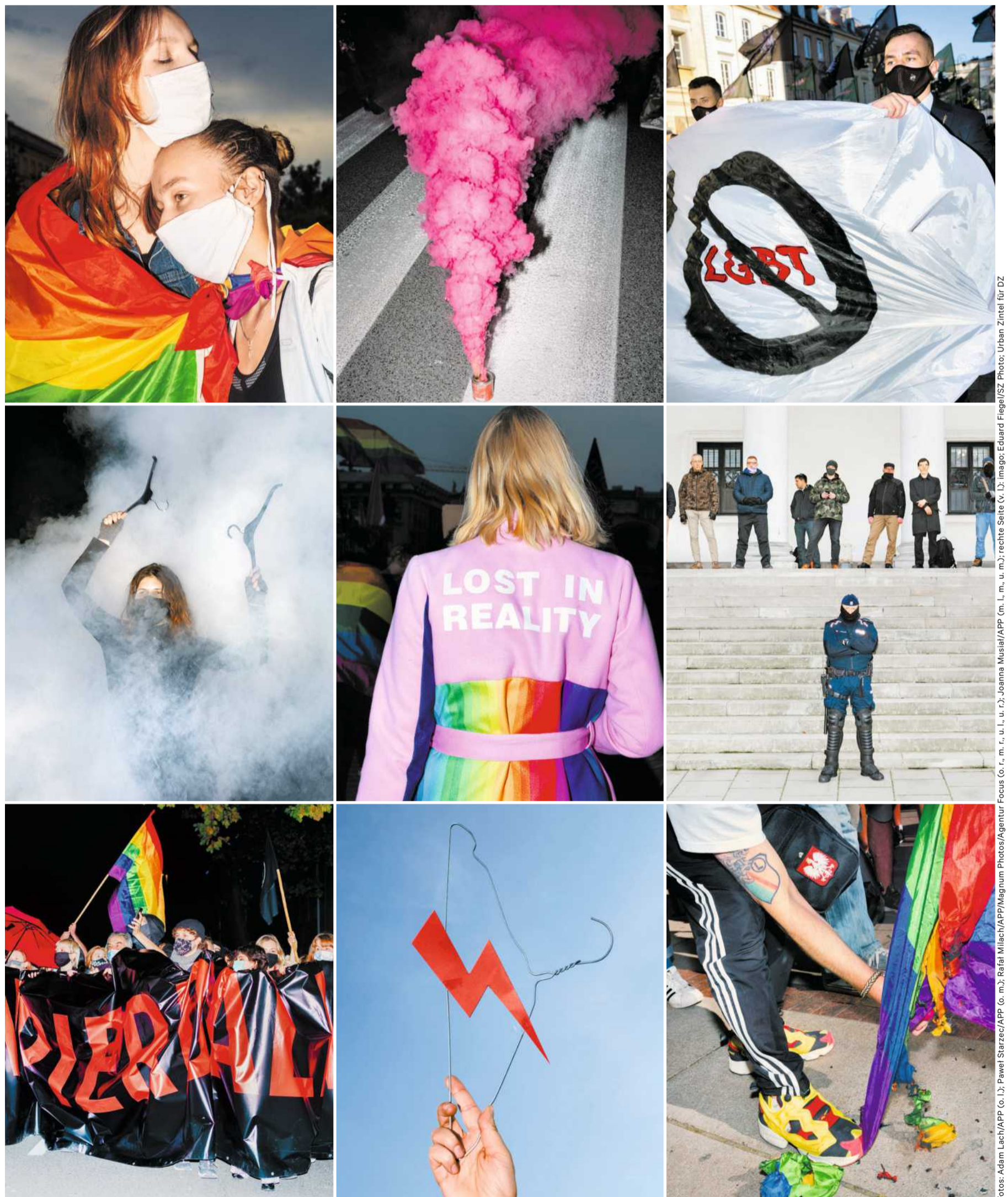
Hat womöglich dieses Schwinden echter Diversität dazu beigetragen, dass ein ersatzweises »Diversitäts«-Verständnis Einzug hielt, das gekoppelt ist an Hautfarben und sexuelle Orientierungen (als ob diese zwangsläufig etwas über politische Einstellungen verrieten)? Und könnte es sein, dass politische Homogenität auch in linker Varianz das gänzlich unprogressive Phänomen des Stammesdenkens begünstigt? Je überzeugter ein Lager von der Richtigkeit seines Denkens ist, desto eher erscheinen Andersdenkende als Bedrohung. So wird an deutschen Unis ein Bernd Lucke zum »Nazi«, eine Susanne Schröter zur »antimuslimischen Rassistin« – und andere Professorinnen und Professoren werden womöglich unfreier, weil sie die Bezeichnung fürchten lernen.

Um Populisten zu kontern, braucht es eine widerstandsfähige Gesellschaft, die Argumente höher schätzt als Orthodoxien. Eine, für die sogar Gefühlsverletzungen im Hörsaal kein Tabu sind, sondern eine bisweilen notwendige Bedingung des Lernens. Muskeln wachsen durch Belastung. Eine Universitätslandschaft, die zum »Safe Space« wird, die nicht herausfordert, sondern schon, schafft keine politischen Abwehrkräfte, sie schwächt sie.

JOCHEN BITTNER

Freiheit oder Tradition?

Ob Migration, Homo-Ehe oder Abtreibung – zwischen Ost- und Westeuropa verläuft ein Riss, ähnlich tief wie in den USA. Schürt Deutschland den Konflikt, indem es seine östlichen Nachbarn erziehen will? Ein Streitgespräch zwischen einem Deutschen und einem Polen



Ein Land, zwei Wertevorstellungen: Demonstrationen gegen das rigide Abtreibungsrecht, mit dem Symbol des Kleiderbügels, und Gegner der LGBTQ-Bewegung in Polen, die eine Regenbogenfahne verbrennen

»Eine illiberale Demokratie ist so plausibel wie ein vegetarischer Schlachthof«

Alexander Graf Lambsdorff,
stellvertretender FDP-Chef

»Liberalen Demokratien schließen traditionelle Ideen wie das Christentum aus«

Witold Waszczykowski,
ehemaliger polnischer Außenminister

Fotos: Adam Lach/AP (g. l.); Pawel Starzec/AP (g. m.); Ratal Milach/AP/Magnum Photos/Agentur Focus (g. r., u. l., u. r.); Joanna Musiel/AP (m. l., m. r.); rechte Seite (v. l. bis v. r.): Eduard Flegel/SZ Photo; Urban; Zinell für DZ

Wie groß der Ost-West-Konflikt innerhalb der Europäischen Union ist, zeigte sich rund um die US-Wahl. Während der Sieg von Joe Biden etwa in Brüssel und Berlin freudig begrüßt wurde, gratulierten die Regierungen in Polen und in Ungarn nur zähneknirschend – oder gar nicht, wie der slowenische Ministerpräsident. Sie hatten Donald Trump die Daumen gedrückt. Woher rühren diese Unterschiede? Der polnische Konservative Witold Waszczykowski und der deutsche Liberale Alexander Graf Lambsdorff streiten über zwei verschiedene Vorstellungen von Europa.

DIE ZEIT: Herr Waszczykowski, Sie haben einmal gewarnt vor einem »neuen Mix von Kulturen und Rassen, einer Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen«. Was stört Sie an Radfahrern und Vegetariern?

Witold Waszczykowski: Ich habe dieses Bild als Beispiel für eine extreme Ideologie angeführt, die anderen ihre Regeln aufzwingen möchte. Ich habe nichts gegen das Fahrradfahren. In meinen über 60 Jahren habe ich etwa sieben, acht Fahrräder verschlissen, größtenteils als junger Mensch. Und natürlich habe ich auch nichts gegen ein vegetarisches Essen. Aber das ist meine persönliche Entscheidung und nicht dem Einfluss einer Ideologie geschuldet.

ZEIT: Diese spezielle Ideologie zwingt Ihnen jemand auf?

Waszczykowski: Ja, aktuell sind die Kommunen in vielen polnischen Städten dabei, Straßen zu verengen und Parkplätze zu entfernen. Sie zwingen Menschen zu dieser gesunden Lebensweise.

Alexander Graf Lambsdorff: Aus meiner Sicht sind Parkplätze und Fahrradschienen Gegenstand des politischen Wettbewerbs. Es geht darum, eine Wahl zu gewinnen, so wie es in meiner Heimatstadt Bonn geschehen ist. Dort gibt es jetzt eine grüne Bürgermeisterin und eine Stadtverwaltung, in der ein linksgerichtetes Bündnis dominiert. Ich bin überzeugt, dass das Autofahren in meiner Heimatstadt künftig deutlich weniger bequem sein wird als bisher, aber das ist das Ergebnis eines fairen politischen Wettbewerbs.

Waszczykowski: Ich bin der Auffassung, dass bestimmte Bereiche unseres Lebens nicht Teil dieses Wettbewerbs sein sollten. Sie wissen sehr gut, dass in einer Demokratie die Rechte sowohl der Minderheit wie auch der Mehrheit geachtet werden sollten.

Lambsdorff: Ich stimme zu, dass es zum Problem wird, wenn eine bestimmte Ideologie dominiert und es keine Möglichkeit gibt, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Aber Ihre eigene Partei, Herr Waszczykowski, arbeitet daran, nationale Institutionen so aufzustellen, dass es schwerer für andere wird, mit der Regierung zu konkurrieren. Sie begeben sich selbst in eine Opferrolle, um eine Debatte gewinnen zu können. Ich als Liberaler ziehe den Wettbewerb der Opferrolle vor.

ZEIT: Herr Waszczykowski, haben Sie das Gefühl, dass der Westen – und vielleicht auch Deutschland – der polnischen Gesellschaft bestimmte Werte aufzuzwingen versucht?

Waszczykowski: Nein, wir glauben nicht, dass uns irgendwelche Ideen des Westens und insbesondere Deutschlands aufzuzwingen werden. Wir sind Teil der EU, wir sind nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland und dem Kommunismus nach Europa zurückgekehrt. Jetzt sind wir wieder da und bereit, den Konkurrenzkampf anzunehmen.

Lambsdorff: Auf mich wirkt es, als würden einige polnische Politiker erklären, sie hätten sich an einen Wertekanon zu halten, der in Westeuropa festgelegt wurde. Das zentrale Thema dabei ist Zuwanderung. Ein Schlüssel, um Geflüchtete innerhalb der EU zu verteilen, würde für mehr Gerechtigkeit sorgen. Aber die Visegrad-Staaten, zu denen auch Polen gehört, lehnen diesen Versuch, europäische Solidarität herzustellen, ab und sagen: Man zwingt uns das auf. Auch den ehemaligen ostdeutschen Ländern fällt es schwerer, Flüchtlinge zu akzeptieren. Möglicherweise hat das etwas mit dem Transformationsprozess nach dem Ende der Sowjetunion zu tun ...

Waszczykowski: ... okay, das geht zu weit. Darf ich das erklären?

ZEIT: Bitte.

Waszczykowski: Erstens: Warum müssen wir diese Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa holen? Bei der Mehrheit handelt es sich nicht um Flüchtlinge, sondern um Migranten, die versuchen, der Armut zu entfliehen, und die unser Sozialsystem nutzen wollen. Wir haben nicht gegen die Kommunisten gekämpft, um das Land für Millionen Afrikaner zu öffnen. Zweitens: Warum zählen Sie nicht die Flüchtlinge mit, die aus dem Osten kommen, aus Belarus und der Ukraine? Welches Land hat nach der rus-

sischen Invasion von 2014 nahezu zwei Millionen Ukrainer aufgenommen? Wer nimmt Belarussen auf, die aktuell versuchen, aus ihrem Land zu fliehen? Polen nimmt sie auf, sogar ohne Papiere.

Lambsdorff: Wenn Polen das als Last empfindet, sind wir gerne bereit, Flüchtlinge aus Belarus und der Ukraine in den Verteilschlüssel aufzunehmen. Ich stimme zu, dass es einen klaren Unterschied gibt zwischen Geflüchteten und Wirtschaftsmigranten. Aber ich glaube auch, dass es nicht möglich sein wird, ein System zu finden, um sauber zwischen beiden zu trennen, wenn wir das weiterhin auf rein nationaler Ebene tun.

ZEIT: Da wir gerade über Werte sprechen: Polens Verfassungsgericht hat ein Urteil gefällt, das Abtreibung praktisch illegal macht.



Witold Waszczykowski

Der 63-Jährige ist Mitglied der polnischen Regierungspartei PiS, von 2015 bis 2018 war er Außenminister und einer der auffälligsten Politiker seines Landes. Seit 2019 ist Waszczykowski Europabgeordneter

Is das, wie es viele Demonstranten in Polen sehen, Teil eines reaktionären Rückschlags?

Waszczykowski: Manche Agitatoren versuchen, das Thema politisch auszuschlachten, andere greifen zu Gewalt, zerstören öffentliches Eigentum, entweihen Kirchen und andere Gebetsstätten. Das nenne ich einen Rückschlag. Das Urteil selbst war nicht politisch motiviert. Das Verfassungsgericht war verpflichtet, ein Urteil zu fällen, nachdem mehrere Abgeordnete – auch aus der Opposition – ihm diese Frage vorgelegt hatten. Die Regierung war daran nicht beteiligt, und das Urteil wurde bislang noch nicht mal ins polnische Rechtssystem übernommen. Unsere Legislative hat nicht irgendwelche Gesetze geändert. Vielmehr hat das Gericht herausgestellt, dass die bislang bestehende Regelung für Abtreibung mit eugenischer Indikation verfassungswidrig ist.

Lambsdorff: Das polnische Verfassungsgericht ist nicht mehr unabhängig, da es mit Gefolgsleuten der Regierungspartei besetzt wurde. Insofern war es folgerichtig, dass ein Teil der Regierungspartei und weit rechts stehende Abgeordnete sich an das Gericht gewandt haben, um Abtreibungen so gut wie unmöglich zu machen. Wenn Sie sich die zeitliche Abfolge der Entscheidungen zum Schwangerschaftsabbruch anschauen, gibt es keinen Zweifel daran, dass dies ein wesentlicher Teil einer ultrakonservativen Agenda ist.

ZEIT: Es gibt auch Diskussionen über die Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung.

Waszczykowski: Jahrhundertlang war die sexuelle Orientierung in Polen kein Thema, denn in unserer Kultur betrachten wir die Sexualerziehung als private und intime Angelegenheit. Jahrhundertlang haben wir niemanden wegen einer abweichenden sexuellen Orientierung verfolgt oder angeklagt. Aber diese neue Ideologie wurde vom Westen importiert. In Polen nennen sie die Aufzüge von LGBT-Anhängern »Märsche für Gleichberechtigung«, aber wir wissen, dass man sie in Deutschland als »Gay-Pride-Paraden« bezeichnet. Diese Aktivisten kämpfen nicht wirklich für Gleichberechtigung, sondern für Privilegien. In Polen haben Homosexuelle exakt dieselben Rechte, wie ich sie habe.

Lambsdorff: Ich bin völlig anderer Meinung. Homosexuelle Paare haben nicht dieselben Rechte – sehen Sie sich bloß das Erbrecht an oder die Besuchsrechte in Krankenhäusern. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist eine nationale Angelegenheit, ich will dafür keine europaweite Lösung. Aber die Beseitigung der Unterschiede, die noch immer für homosexuelle Paare existieren, ist eine unerledigte Aufgabe.

Waszczykowski: Wenn Sie in Polen zum ersten Mal zu einem Arzt gehen, müssen Sie angeben, welche Person über Ihren Zustand informiert werden darf. Es muss nicht der Ehe-

mann oder die Ehefrau sein, es kann jede beliebige Person sein. Genauso ist es mit dem Erbe. Wenn Sie in Polen als Mann mit einem Mann zusammenleben wollen, gehen Sie zum Amtsgericht, unterschreiben ein Dokument und teilen alles, was Sie haben. All das ist rechtlich möglich. Natürlich können Sie nicht heiraten, denn gemäß der polnischen Verfassung kann ein Ehepaar nur aus einem Mann und einer Frau bestehen.

Lambsdorff: Ihre rechtlichen Argumente akzeptiere ich, aber es gibt noch eine gesellschaftliche Komponente. In einer Reihe polnischer Gemeinden gibt es »LGBT-freie Zonen«. Das geht über rechtliche Fragen hinaus. Es sorgt für extremes Unbehagen bei der LGBTQ-Gemeinschaft und vermittelt ihr im Grunde, sie solle diese Gemeinden verlassen.

Waszczykowski: Es gibt in Polen keine »LGBT-freien Zonen«, dabei handelt es sich um eine Provokation von Aktivisten. Sie reisen von Stadt zu Stadt und stellen Schilder mit der Aufschrift »LGBT-freie Zone« auf, machen Fotos davon und verbreiten sie in den sozialen Medien.

ZEIT: Tatsächlich gibt es keine als solche definierten »LGBT-freien Zonen«, aber mehr als 80 Gemeinderäte haben sogenannte Familienchartas verabschiedet. Häufig steht darin, die »LGBT-Ideologie« dürfe nicht beworben werden, denn sie stehe im Widerspruch zu christlichen Werten.

Waszczykowski: Sie akzeptieren jene, die mich zwingen, Fahrrad zu fahren und Karotten zu essen, aber Sie akzeptieren jene nicht, die das traditionelle Familienbild vorziehen? Warum ist die eine Ideologie okay, während eine andere, die sich für traditionelle Werte starkmacht, nicht akzeptiert wird?

Lambsdorff: Für mich geht es hier um Wahlfreiheit. Es sollte eine Wahl sein, bei der nicht diskriminiert wird. Wenn ein Rat erklärt, eine Stadt oder ein Landkreis solle frei von einer bestimmten Gruppe Menschen sein, dann weckt das bei mir ein furchtbares historisches Echo. Das hat nichts mit freier und gerechter Wahl auf der Grundlage von Gleichberechtigung zu tun.

Waszczykowski: Noch einmal: Es gibt keine derartige Entscheidung in irgendeiner Gemeinde oder irgendeinem Kreis. Diese Kommunen erklären nur, dass sie diese Ideologie und diese Art der Erziehung in ihren Schulen und Vorschulen nicht hinnehmen werden. Sie werden nicht hinnehmen, dass Homosexuelle unterrichten und ihre Meinungen zum Geschlechterbild in den Schulen verkünden. Wir informieren in den Schulen über diese Formen geschlechtlichen Lebens, aber wir propagieren sie nicht. Für mich ist die Vorstellung, ein 14-jähriger Junge oder ein 15-jähriges Mädchen sei homosexuell, nur sehr schwer zu akzeptieren. Sie sollten asexuell sein. Sexualität sollte eigentlich viel später beginnen, mit 16, 17 oder 18 Jahren.

Lambsdorff: Zunächst einmal habe ich ein Problem damit, dass Sie davon sprechen, Homosexualität würde »propagiert«. Es ist eine angeborene Orientierung, keine Lifestyle-Entscheidung oder Ideologie. Des Weiteren halte ich es nicht für schlecht, Kinder über den Pluralismus in modernen Familien zu informieren. Man kann darauf hinweisen, dass man vielleicht zwei Männer Händchen halten sehen wird oder zwei Frauen, die Kinder ha-



Alexander Graf Lambsdorff

Der FDP-Politiker war 13 Jahre lang Mitglied des Europaparlaments, bevor er 2017 in den Bundestag gewählt wurde. Lambsdorff, 54, ist FDP-Vize und einer der bekanntesten deutschen Außenpolitiker

ben. Für mich ist das Ausdruck einer modernen europäischen Nation.

ZEIT: Herr Lambsdorff, Sie betonen, dass Sie »als Liberaler« argumentieren. Der ungarische Ministerpräsident Victor Orbán macht sich für eine »illiberale Demokratie« stark. Sind Demokratie und Liberalismus wirklich identisch?

Lambsdorff: Eine illiberale Demokratie ist in etwa so plausibel wie ein vegetarischer

Schlachthof – das gibt es einfach nicht. Eine Demokratie muss auf der Freiheit jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft basieren, ansonsten gibt es keinen souveränen Demos. Eine illiberale Demokratie kann keine Demokratie sein, sie wird autoritär sein oder eine andere Regierungsform.

Waszczykowski: Ich bevorzuge eine Demokratie ohne Adjektive. Ich habe die Hälfte meines Lebens in einer »kommunistischen Demokratie« verbracht, in der die Arbeiterklasse angeblich die Avantgarde darstellte und über die anderen herrschte. In Russland versucht Putin, eine »souveräne Demokratie« aufzubauen. Einige westliche Staaten bezeichnen sich als »liberale Demokratien«. Jede dieser Demokratien schließt bestimmte Ideen aus. Die Arbeiterklassen-Avantgarde-Demokratie schloss alles außer kommunistischen oder sozialistischen Ideen aus. Putin schließt westliche Ideen aus. Und liberale Demokratien schließen traditionelle Ideen wie das Christentum aus.

Lambsdorff: Nein. Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind die drei Elemente, die notwendig sind, um die Freiheit aller gewährleisten zu können. Wer die Exekutive stellt, hängt vom Willen der Mehrheit ab, aber die Mehrheit wie die Rechte der Minderheit respektieren. Wer, wenn nicht unabhängige Gerichte, wird die Minderheit schützen? Herr Waszczykowski, Ihre Partei und natürlich auch Herr Orbán arbeiten systematisch darauf hin, dies unmöglich zu machen. Wir können sehr deutlich erkennen, dass sowohl Ungarn als auch Polen sich von den Grundlagen einer freien Nation entfernen und in Richtung einer reinen Herrschaft der Mehrheit bewegen.

ZEIT: Das Europaparlament und die deutsche Ratspräsidentschaft haben sich in der vergangenen Woche darauf geeinigt, dass Länder, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, künftig weniger EU-Mittel erhalten sollen. Ist das der richtige Ansatz?

Lambsdorff: Unbedingt. Polen ist der größte Empfänger von EU-Mitteln, was auch in Ordnung ist. Aber dann sollte sich Ihre Regierung auch an die Rechtsstaatlichkeit halten.

Waszczykowski: Die EU und die Europäische Kommission haben nicht das Recht, uns zu kritisieren, denn wir verstoßen gegen gar nichts. Es gibt kein einziges verbindliches EU-Dokument, das definiert, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet. Jedes EU-Land definiert diesen Begriff auf seine Weise. In Deutschland wähle Sie Politiker in Ihre Gerichte. Diese Gerichte sollen unabhängig sein, setzen sich jedoch aus früheren Politikern zusammen. Jede Form von wirtschaftlicher Bestrafung ist inakzeptabel.

Lambsdorff: In Artikel 2 des Europa-Vertrags wird die Rechtsstaatlichkeit erwähnt ...

Waszczykowski: Aber es gibt keine Definition!

Lambsdorff: Für etwas, das offenkundig ist, benötigt man keine Definition. Es kann um Nuancen gehen, aber Viktor Orbán und Ihre Regierung haben einen Weg eingeschlagen, bei dem die Unabhängigkeit der Gerichte nicht länger gewährleistet ist. Das Ganze erinnert mich mehr und mehr an die Situation in der Türkei, wo die Exekutive die Kontrolle über die Legislative ergriffen hat.

Waszczykowski: Wir modernisieren unser Rechtssystem, indem wir Reformen übernehmen, die in anderen europäischen Ländern bereits durchgeführt wurden. Wir sind eine junge Demokratie und können diese Art Doppelmoral nicht akzeptieren. Warum dürfen in Deutschland Politiker in das Verfassungsgericht einziehen, aber nicht in Polen?

Lambsdorff: Weil sie in Deutschland mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden und das Vorschlagsrecht für Richterinnen und Richter zwischen Regierungsparteien und Opposition wechselt. Das Verfassungsgericht in Polen hingegen wird voll und ganz von der Regierungspartei dominiert. Und im Parlament reichen 50 plus ein Prozent aus, um einen Richter nominieren zu können.

Waszczykowski: Das ist das Ergebnis demokratischer Wahlen. Sie waren doch derjenige, der zu Beginn sagte, dass diejenigen, die gewinnen, die Regeln festlegen, richtig? Sie dürfen nicht vergessen: Polen war jahrzehntelang von der Landkarte verschwunden. Wir waren während des Zweiten Weltkriegs verschwunden, wir verschwanden auch nach dem Krieg. Vielleicht sind wir ein wenig zu sensibel, wenn es um unsere nationale Sicherheit geht, aber aufgrund unserer schlechten Erfahrungen sind wir verrückt nach ihr.

Das Gespräch wurde moderiert von Olivia Kortas und Matthias Krupa

Aus dem Englischen von Matthias Schulz. Die Originalversion des Gesprächs finden Sie unter www.zeit.de/eu-streit

60
ZEILEN

LIEBE

Lieber »Jung & Naiv« als alt und weise: Über eine Reizfigur im Politbetrieb

Unter den Menschen, denen Tilo Jung gewaltig auf die Nerven geht, nimmt Angela Merkmals Regierungssprecher Steffen Seibert wohl die Spitzenposition ein. Aus zwei Gründen: zum einen, weil auch jedem anderen Regierungssprecher ein Journalist und Videoblogger gewaltig auf die Nerven ginge, der in der Bundespressekonferenz dreimal pro Woche pausenlos quälend-bohrende Nachfragen stellt, von denen man nie so genau weiß, ob sie nicht doch der Sache geschuldet sind oder allein der Selbstvermarktung des Fragestellers auf YouTube dienen. Und zum anderen, weil niemand den demonstrativ unangepassten Tilo Jung so cool, so toll und so großartig findet wie der demonstrativ unangepasste Tilo Jung selbst. Sich selbst zu lieben ist zwar, wie Oscar Wilde einst anmerkte, der Beginn einer lebenslangen Leidenschaft. Doch seit Jung auftauchte, weiß Seibert: Es gibt einen, der das noch besser kann als ich.

Jung, das muss man ihm lassen, hat aber auch etwas. Unter dem Titel *Jung & Naiv – Politik für Desinteressierte* stellt der 35-Jährige regelmäßig Videos ins Netz, in denen er sich jünger und naiver gibt, als er ist; und wodurch er nicht selten das Floskelhaft-Inhaltsleere einer politischen Kommunikation entlarvt, die auf Fehlervermeidung, Klartextscheu und verbales Ballhalten im politischen Niemandsland trainiert ist. Das oft beklagte Desinteresse an der Politik erzeugt die Politik durch die Art, sich mitzuteilen und öffentlich zu präsentieren, zu einem Großteil selbst. Kein anderer macht das Problem so deutlich wie Jung.

Der gebürtige Mecklenburger hat ein BWL- und ein Jura-Studium geschmissen und sich dadurch eine hinreichend gebrochene Biografie erarbeitet, um im überakademisierten Politikbetrieb Berlin-Mitte als interessanter Außenseiter zu gelten. Dass er ein wenig aus der Zeit gefallen aussieht, als sei er einer Grunge-Band entflohen, verstärkt das noch. Neben seinem YouTube-Kanal ist Jung, na klar, auch auf Twitter aktiv, als Reizfigur selbstredend. Dort warf er nun die Frage auf, ob man mit einem Corona-Impfstoff Profit machen dürfe. »Und wenn ja: wie viel Profit?«

Wie Jung so etwas Naives fragen könne, stürmte es ihm im Netz entgegen. Dabei steckt hinter dieser einfachen Frage ein Riesenproblem: Wer kommt eigentlich für die Impfung der Armen dieser Welt auf? Die reicheren Länder, die reichen Konzerne, superreiche Wohlthäter – oder niemand? Die Antwort darauf steht jedenfalls noch aus. Bis dahin trösten wir uns mit einer Erkenntnis: Wer sich stets jung und naiv gibt, ist nicht immer ein mittelalter, weiser Mann. Manchmal aber ist Tilo Jung Letzteres schon.



Peter Dausend ist Politischer Korrespondent im Hauptstadtbüro der ZEIT